

Herfried Münkler

Der Wandel des Krieges

Von der Symmetrie zur Asymmetrie

© Velbrück Wissenschaft 2006

Vorwort

Nachdem unter dem Eindruck des Endes der Blockkonfrontation in Deutschland die Erwartung auf ein definitives Ende der Geschichte als Kriegsgeschichte aufgekeimt war und in dieser Erwartung eine Neulektüre von Immanuel Kants kleiner Schrift Zum ewigen Frieden eingesetzt hatte, haben sich in den letzten Jahren wieder die Studien zum Wandel des Krieges vermehrt. Die Weltlage hat sich nach den hochgesteckten Erwartungen der frühen 1990er Jahre nicht so entwickelt, dass die Herstellung einer globalen Friedensordnung in politischer Reichweite läge. Im Gegenteil. In den Augen mancher Beobachter sind die gegenwärtigen Konstellationen bedrohlicher als der sich durch eine gewisse Stabilität und Berechenbarkeit auszeichnende Ost-West-Konflikt. Die Perspektive auf die Abschaffung des Krieges ist – vorläufig jedenfalls – wieder durch die Vorstellung von dessen beständigem Wandel ersetzt worden. Die eher beiläufige Charakterisierung des Krieges als »Chamäleon«, die Carl von Clausewitz zu Beginn seines Werkes Vom Kriege vorschlägt, hat wieder an Aktualität gewonnen.

Das gilt im Prinzip auch für die Clausewitzsche Theorie in Gänze. Hatten die einen seine Überlegungen abgelehnt, weil sie diese für notorisch belligerent, wenn nicht kriegsverharmlosend hielten, so haben andere Clausewitz' Theorie für obsolet erklärt, weil sie auf den kontinentalen Staatenkrieg fixiert sei und dahinschwelende Gewaltkonflikte, in denen Akteure unterhalb der Ebene von Staatlichkeit die entscheidende Rolle spielten, nicht in den Blick bekomme. Clausewitz wurde, zumal von Martin van Creveld, als ein Autor verstanden, der den Krieg prinzipiell in der Trias von Volk, Heer und Regierung gedacht habe, weswegen mit dem Verschwinden dieser triadischen Struktur auch die Clausewitzsche Theorie ihre

Bedeutung verloren habe. Eine genauere Lektüre der einschlägigen Stellen bei Clausewitz hat jedoch gezeigt, dass es sich bei der Trias von Volk, Heer und Regierung nur um eine historische Exemplifikation der drei Grundelemente des Krieges handelt, die Clausewitz sehr viel allgemeiner als »blinden Naturtrieb«, »freie Seelentätigkeit« und »bloßen Verstand« bezeichnet hat. Man könnte diese aus der Kantschen Philosophie hergeleitete Begrifflichkeit auch als die Trinität von Brutalität, Kreativität und Rationalität übersetzen, von der Clausewitz annimmt, dass sie sich in jedem Kriege findet, freilich in unterschiedlichen Mischungsverhältnissen, und in diesen sich verändernden Mischungsverhältnissen hat er den Chamäleonscharakter des Krieges gesehen.

Auch und gerade angesichts des Wandels, den das Kriegsgeschehen in den letzten Jahrzehnten durchgemacht hat, ist Clausewitz' Theorie also alles andere als obsolet, sondern ein unverzichtbares Element bei der Analyse des Kriegswandels. Pointiert formuliert: Ohne Bezug auf Clausewitz' Theorie – was nicht dasselbe ist wie ein orthodoxer Clausewitzianismus – lassen sich der Wandel in der Dynamik des Krieges und dessen Folgen nicht in Begriffen fassen. Das ist der Grund, warum in den nachfolgenden Überlegungen immer wieder auf Clausewitz Bezug genommen wird, ohne dass es dabei wesentlich um jenen Wandel des Krieges geht, den er selbst vor Augen gehabt hat: die Ablösung des Kabinettskrieges durch den Volkskrieg. An diesem Wandel hat Clausewitz seine Theorie geschult. Der »bloße Verstand«, der in den Kabinettskriegen dominiert hatte, hatte im Gefolge der Französischen Revolution und dem Eintritt des Volkes in die Waagschale des Krieges gegenüber dem »blinden Naturtrieb«, dem Hass und der Feindschaft, an Bedeutung eingebüßt, aber er war darum, wie Clausewitz herausstellt, nicht aus der Direktion des Kriegsgeschehens verschwunden. Die berühmt-berüchtigte Formel, wonach der Krieg eine »Fortsetzung der Politik unter Einmischung anderer Mittel« sei, soll gerade die fortbestehende Relevanz der politischen Rationalität für das Kriegsgeschehen herausstellen. Mit einer zynischen Rechtfertigung des Krieges, wie sie Clausewitz von einigen seiner Kritiker vorgeworfen worden ist, hat dies nichts zu tun.

Die Frage nach der Instrumentalität der Kriegsgewalt, mit der sich Clausewitz unter dem Eindruck ihrer dramatischen Intensivierung im Gefolge der Französischen Revolution auseinandergesetzt hat, stellt sich inzwischen erneut angesichts der Selbsterstörungssorgien

am Rande der Wohlstandszonen oder eines Terrorismus, der wahllos Zivilisten zu seinen Opfern macht. Von einer Reihe sachkundiger Beobachter ist energisch in Abrede gestellt worden, dass wir es hier mit einem instrumentellen Gewaltgebrauch rationaler Politikakteure zu tun haben; stattdessen sind Diagnosen einer selbstläufig gewordenen Irrationalität in Umlauf gekommen, die sich unter medialer Verstärkung zu der Vorstellung von einer Konfrontation mit psychisch Kranken verdichtet haben. Solche Imaginationen sind freilich für ein politisch effektives Gegenhandeln überaus prekär, befördern sie doch Überreaktionen, emotional gesteuerte Gegengewalt und zuletzt Rachephantasien, die allesamt geeignet sind, den Konflikt anzuhetzen und selbst irrational zu agieren. In einer solchen Konstellation ist der Rückgriff auf Clausewitz' Theorie und ihre Analyseinstrumentarien ein Akt der Aufklärung über das Kriegsgeschehen. In Zeiten, da vordergründig die Clausewitzsche Theorie der Vergangenheit anzugehören scheint, sind wir auf sie dringlicher angewiesen als je zuvor.

Tatsächlich hat sich in den letzten Jahrzehnten ein fundamentaler Wandel des Kriegsgeschehens vollzogen, in dessen Mittelpunkt das allmähliche Verschwinden jener Staatenkriege steht, die die europäische Geschichte über Jahrhunderte bestimmt haben. Dieses Verschwinden des Staatenkrieges hat zeitweilig zu der Vorstellung geführt, die Geschichte des Krieges sei überhaupt an ihr Ende gelangt. Aber tatsächlich ist nur der zwischenstaatliche Krieg angesichts seiner immensen Kosten und der in Relation dazu bescheidenen Ergebnisse zum historischen Auslaufmodell geworden, und an seine Stelle ist ein neuer Typus des Krieges getreten, der sich durch eine weitgehende Entstaatlichung der Akteure sowie eine durchgängige Asymmetrierung ihrer Fähigkeiten und Rationalitäten auszeichnet. Die Reziprozität in den Fähigkeiten und Rationalitäten der Kriegsparteien, die unter den symmetrischen Konstellationen des klassischen Staatenkrieges typisch war, ist durch Konstellationen abgelöst worden, in denen vergleichbare strukturelle Ordnungsmuster nicht zu erkennen sind. Dem entspricht eine deutliche Diversifizierung des Kriegsgeschehens im globalen Maßstab: Auf der einen Seite lassen sich Residualformen des klassischen Staatenkrieges beobachten, und auf der anderen Seite haben wir es mit der Asymmetrierungskreativität schwacher substaatlicher Akteure zu tun, die auf diese Weise zu einer ernstzunehmenden Herausforderung auch von Weltmächten werden. Die Lücke dazwischen wird ausgefüllt von Kriegen an der Peripherie der Wohlstandszonen, in denen Warlords, Clanchefs, Bandenführer, Exgeneräle und sogenannte Freiheitskämpfer die

Hauptrolle spielen.

Für diese gegenüber dem Modell des Staatenkrieges deutlich veränderten Konstellationen ist vor einiger Zeit der Begriff der »neuen Kriege« geprägt worden, den ich gegenüber alternativen Begriffen, wie »nichtkonventionelle Kriege«, »wilde Kriege«, »neohobbessche Kriege«, »privatisierte Kriege« oder »asymmetrische Kriege« bevorzuge. Er hat den Vorzug, einerseits die tiefgreifenden Veränderungen gegenüber der klassischen Form des zwischenstaatlichen Krieges zu markieren, ohne andererseits die Kriege der letzten zwei, drei Jahrzehnte von vornherein auf ein bestimmtes Merkmal, wie etwa das der Privatisierung oder der Asymmetrie, festzulegen. Gleichzeitig vermeidet er aber auch die Charakterisierung dieser Kriege als völlig ungeordnet, chaotisch und von irrationalen Akteuren geführt, wie sie in der Bezeichnung »wilde Kriege« immer mitschwingt. Die Verbindung dieser Kriege mit der politischen Theorie des Thomas Hobbes, der eine Gesellschaft ohne staatliche Ordnung als im Bürgerkrieg befindlich begriffen hat, ist zwar theoretisch anspruchsvoll, schließt aber modelltheoretische Annahmen ein, die in der empirischen Beobachtung des Kriegsgeschehens der letzten Jahre nicht bestätigt werden können: Ein Zustand des »molekularen Bürgerkrieges«, wie Hans Magnus Enzensberger diesen Hobbesschen Krieg eines jeden gegen jeden bezeichnet hat, ist weder bei der Beschäftigung mit den Gefolgschaftsstrukturen von Warlords noch bei der Analyse von terroristischen Netzwerken zu beobachten. Für Hobbes war der Bürgerkrieg ein Zustand ohne jede soziale Ordnung, in dem jeder in jedem einen potentiellen Feind sehen musste, und dieser Zustand generalisierten Misstrauens schlug bei entsprechender Gelegenheit unvermittelt in offene Gewalt um. Terroristische Organisationen transnationalen Zuschnitts sind dagegen nur unter der Voraussetzung eines gesteigerten Vertrauens im »Binnenraum« der Organisation handlungsfähig, und auch die bewaffnete Entourage von Clanchefs und Exgenerälen wird durch Bindungen und Erwartungen zusammengehalten, die mit der Vorstellung vom generalisierten Misstrauen unvereinbar sind. – Es war also aus einer Reihe von Gründen naheliegend, zur Kennzeichnung der gewandelten Gestalt des Krieges den Begriff »neue Kriege« zu wählen.

Wiewohl dieser Begriff in der einschlägigen Literatur bereits zuvor Verwendung gefunden hatte (beispielsweise bei Mary Kaldor), entzündete sich die in Deutschland geführte Debatte darüber erst an meinem Buch Die neuen Kriege. Dabei lassen sich zwei Hauptströmungen der

Kritik unterscheiden. Da sind zunächst diejenigen, die die Verwendung des Kriegsbegriffs für die meisten afrikanischen Konflikte, aber auch die jüngeren Formen des Terrorismus für unangemessen halten, und die, wie etwa Erhard Eppler, den Begriff der »organisierten Gewalt« bevorzugen. Die Auflösung des staatlichen »Gewaltmonopols« im Vorfeld vieler dieser Konflikte und dessen Ersetzung durch Gewaltmärkte ist in der Sicht dieser Kritiker ein hinreichender Indikator dafür, dass es sich nicht um Kriege handeln kann, weil diese nur von Staaten geführt werden. Für sie hängt der Kriegsbegriff am Staatsbegriff. Ohne dass dies den Kritikern bewusst geworden wäre, haben sie damit das Definitionsproblem von einem Begriff auf einen anderen verschoben.

Im Deutschen (wie im übrigen auch in den anderen europäischen Sprachen) wird der Begriff des Staates in einem doppelten Sinn verwandt: zum einen als Bezeichnung für jede politisch organisierte Gemeinschaft und zum anderen als Begriff für den spezifischen Typ des institutionellen Flächenstaates, der sich im 16./17. Jahrhundert in Europa entwickelt und gegen konkurrierende Ordnungsentwürfe durchgesetzt hat. Dementsprechend ist zwischen einem transhistorischen und einem historisch-konkreten Staatsbegriff zu unterscheiden: Ersterer umfasst alle politisch organisierten Großverbände, von den antiken Stadtrepubliken über Großreichsbildungen bzw. Imperien, aber auch locker gefügte Strukturen, wie die Lehnsverbände des Mittelalters, bis zu den Territorialstaaten der Neuzeit. Letzterer beschränkt sich dagegen auf den institutionellen Flächenstaat, der sich freilich im Verlauf des 20. Jahrhunderts als Modell politischer Ordnung in globalem Maßstab durchgesetzt hat. In Analogie dazu lässt sich auch eine Doppelbegrifflichkeit des Kriegs beobachten: Einerseits der Gebrauch eines transhistorischen Kriegsbegriffs, der für alle Auseinandersetzungen zwischen politisch organisierten Großverbänden Anwendung findet, und andererseits die Beschränkung des Begriffs auf einen spezifischen Typus des Krieges, nämlich den klassischen Staatenkrieg, wie er in Europa seit dem Aufstieg des institutionellen Flächenstaates und dessen Durchsetzung als Monopolist des Krieges geführt wurde. Nur wenn man den Begriff des Krieges mit dem klassischen Staatenkrieg identifiziert, wird man kohärent argumentieren können, dass es sich bei den »neuen Kriegen« nicht um Kriege, sondern um »organisierte Gewalt« handle. Aber die Vorzüge dieses ebenso präzisen wie prägnanten Kriegsbegriffs, den man durch dessen Verbindung mit dem institutionellen Flächenstaat gewonnen hat, haben einen hohen Preis: dass dann nämlich alle Kriege, die nicht

den Modellvorgaben des klassischen Staatenkrieges entsprechen, auch nicht als Kriege bezeichnet werden können – weder imperiale Kriege, noch Partisanenkriege, noch Stammeskriege usw. Dieser Preis ist zu hoch, macht er doch jede komparative Kriegsforschung unmöglich, die nicht nur Staatenkriege miteinander vergleichen will.

Die andere Hauptströmung der Kritik setzt nicht am Kriegsbegriff an, sondern an der Bezeichnung »neu« und verwendet große Energie auf den Nachweis, dass vieles von dem, was als Charakteristika der »neuen Kriege« ausgemacht wurde, so neu gar nicht sei, sondern bereits in früheren Kriegen beobachtet werden könne. Um diesen Nachweis zu führen, mussten einzelne Merkmale der neuen Kriege, wie etwa das Auftreten substaatlicher Gewaltakteure, die Entwicklung asymmetrischer Kampfkonstellationen, aber auch der Einsatz von Kindersoldaten, die Einbindung von Gewaltkriminalität in die Kriegführung, die Gewaltanwendung gegen Nonkombattanten und vieles andere mehr, isoliert, kategorisiert und dann ausgezählt werden. Das dabei erzielte Ergebnis war für diejenigen, die den Begriff der »neuen Kriege« geprägt oder zumindest verwandt hatten, alles andere als überraschend: Selbstverständlich ließ sich jedes dieser Merkmale auch in früheren Kriegen ausmachen, zumal dann, wenn sich die Untersuchung nicht auf die europäischen Staatenkriege beschränkt, sondern auch die Kriege an der Peripherie der europäisch geprägten Ordnung einbezog. Hier ist symmetrische Kriegführung eher die Ausnahme als die Regel gewesen, und vom Staat als Monopolisten der Kriegführungsfähigkeit kann dort, wo der Staatsbildungsprozess erst sehr spät und zumeist unter den Vorgaben der europäischen Kolonialmächte erfolgte, nicht die Rede sein. Aber ist damit die Bezeichnung des jüngsten Gewaltgeschehens als »neue Kriege« widerlegt?

Zunächst schon darum nicht, weil der Begriff der »neuen Kriege« ja keineswegs besagt, dass jedes der darin zu Tage tretenden Elemente völlig neu und noch nie da gewesen sei. Was als neu bzw. neuartig annonciert wird, ist vielmehr die Kombination dieser Elemente, ihr spezielles Mischungsverhältnis, und das kann nicht dadurch überprüft und demgemäß auch nicht widerlegt werden, dass jedes einzelne Element für sich auf sein Auftreten in früheren Kriegen getestet wird. Hier stößt das in den Sozialwissenschaften verbreitete Verfahren der quantifizierenden Untersuchungen von Einzelaspekten an seine Grenzen. Grundsätzlich sollte mit der Bezeichnung der jüngsten Kriege als »neue Kriege« nicht besagt werden, dass es sich

hier um etwas weltgeschichtlich noch nie Dagewesenes handele, sondern es sollte der Unterschied zum klassischen Staatenkrieg zum Ausdruck gebracht werden, dem gegenüber die Kriege der letzten zwei, drei Jahrzehnte Kriege neuen Typs darstellen.

Aber warum soll ausgerechnet der europäische Staatenkrieg der Maßstab für das Neue des globalen Kriegsgeschehens sein? Stoßen wir hier womöglich auf ein weiteres Beispiel für unreflektierten Eurozentrismus? – Nein, denn nicht nur das in Europa entwickelte politische Ordnungsmodell des Staates ist zur global generalisierten Prägeform politischer Ordnung avanciert, was sich unter anderem an der Generalversammlung der Vereinten Nationen ablesen lässt, sondern auch das in Europa entwickelte Kriegsvölkerrecht, dessen Bindekraft zunächst auf den Kontinent beschränkt blieb, ist im Verlaufe des 20. Jahrhunderts mit dem Modell des Staates globalisiert worden. Diese Globalisierung wurde auf den anderen Kontinenten, insbesondere in Afrika und Asien, als ein wichtiger Schritt bei der Anerkennung als gleichberechtigte Partner begriffen. Vor allem aber orientierten sich die internationalen Anstrengungen zur Kriegsvermeidung und Kriegsverhinderung weitgehend an diesem Modell des Staatenkrieges: Bis vor kurzem war die Politik der Friedenssicherung nahezu ausschließlich auf die Verhinderung zwischenstaatlicher Kriege ausgerichtet. Und auch Kants Entwurf Zum ewigen Frieden ist mitsamt den daran anschließenden Realisierungsprojekten – von dem in Artikel 2, Ziffer 4 der UNO-Charta festgelegten Gewaltverbot in der internationalen Politik bis zur »Theorie des demokratischen Friedens« – am Modell des europäischen Staatenkrieges orientiert. Wenn diese Form des Krieges verschwindet, dafür aber andere Formen des Krieges auftauchen, die in Ursachen wie Eskalationsdynamiken eigenen Gesetzmäßigkeiten folgen, so ist dies ein weltpolitisch derart einschneidender und folgenschwerer Vorgang, dass ihm kaum durch das Auszählen von Einzelmerkmalen der Kriege beizukommen ist – weder wissenschaftlich noch politisch.

Es war für mich also naheliegend, bei der Verteidigung und Präzisierung des Theorems der »neuen Kriege« besondere Aufmerksamkeit auf Entstehung und Geschichte des Staatenkrieges zu legen, um genaueren Aufschluss darüber zu bekommen, wie und in welche Richtung sich die Herausforderungen aktueller Sicherheitspolitik verändert haben und welchen Anreizen und Logiken die substaatlichen Kriegsakteure voraussichtlich folgen. Daraus ergab sich der Plan zu diesem Buch, das einer Reihe von Aspekten und

Beobachtungen nachgeht, die bei der Niederschrift der Neuen Kriege am Rande aufgetaucht waren und nicht systematisch bearbeitet worden sind. Dieser »Wiederaufnahme« half, dass inzwischen, nicht zuletzt durch das Theorem der »neuen Kriege« angestoßen, Einzelstudien entstanden sind, die der Klärung einiger Überlegungen zugute kommen. In deren Zentrum steht das Begriffspaar »Symmetrie-Asymmetrie«, auf das ich bei der Niederschrift der »Neuen Kriege« zwar einige Aufmerksamkeit verwandt, das ich aber weder systematisch noch historisch genauer entfaltet hatte. Es steht nun im Mittelpunkt des vorliegenden Buches. Symmetrie und Asymmetrie werden hier nicht nur im Hinblick auf die Kategorien Raum und Zeit entwickelt, sondern es wird auch anhand kriegsgeschichtlicher Beispiele untersucht, wann und warum sich symmetrische Konstellationen entwickeln, während in anderen Fällen asymmetrische Verhältnisse vorherrschen. Man kann dies als eine Abfolge tendenziell naturwüchsiger Entwicklungen beschreiben, bei denen es darauf ankommt, die in ihnen wirksam werdenden Faktoren angemessen zu erfassen und richtig zu beschreiben. Man kann aber auch ein besonderes Augenmerk auf das Reflexivwerden dieser Prozesse legen, um zu beobachten, wie politische Akteure durch systematische Symmetrierung oder Asymmetrierung Rückständigkeiten aufzuholen oder Überlegenheiten der Gegenseite zu konterkarieren versuchen. Das sind dann die Augenblicke, in denen strategischer Kreativität und politischer Rationalität im Sinne von Clausewitz' eingangs beschriebener inneren Dynamik des »Chamäleons« Krieg eine besondere Bedeutung zukommt. In diesem Sinne versucht das Buch nicht nur Konstellationen zu analysieren, sondern auch Akteurslogiken zu beschreiben, um daraus Fingerzeige für kluges und effektives Gegenhandeln zu gewinnen.

Die vorliegende Untersuchung zum Wandel des Krieges ist nicht in einem Zuge und nicht als geschlossenes Stück geschrieben worden. Aber ist sie mehr als eine Sammlung von Aufsätzen, die in unterschiedlichen Zusammenhängen entstanden sind, um im Nachhinein zusammengefügt zu werden. Von Anfang an nämlich waren die hier zusammengestellten Texte bestimmt durch die Frage, was der klassische Staatenkrieg für die europäische Geschichte bedeutet hatte, wie es dazu kam, dass er schließlich zu einem historischen Auslaufmodell wurde, welche Imperative stattdessen asymmetrische Konfrontationen beherrschen und was aus diesem Wandel des Krieges an sicherheitspolitischen Herausforderungen folgt. Daraus ist die Dreiteilung des Bandes in die Abschnitte »Symmetrische Kriege«, »Asymmetrische Kriege« sowie »Herausforderungen und

Handlungsoptionen deutscher und europäischer Sicherheitspolitik« entstanden. Diese dreiteilige Gliederung beschreibt zugleich die Denkbewegung, die eine umsichtige Friedens- und Kriegsforschung prinzipiell zu vollziehen hat: Sie muss sich der Vergangenheit versichern, indem sie noch einmal die modelltheoretisch rekonstruierbaren Handlungsimperative und Entscheidungslogiken rekonstruiert, sie hat kontrastierend dazu veränderte Konstellationen im Gefolge des Wandels zu beschreiben und dabei die neuen Entscheidungslogiken und -imperative der politischen Akteure herauszuarbeiten, um abschließend Aussagen über die Handlungsoptionen der eigenen Seite machen zu können und dabei auch politikberatend verfügbar zu sein.

Nicht das Spannungsfeld zwischen Theorie und Praxis ist also die methodische Herausforderung, sondern dies ist der Prozess der Modellbildung und dessen Rückkopplung an historische wie aktuelle Beispiele. Je stärker beispielgesättigt eine solche Modellbildung ist, desto valider ist sie. Aber dabei geht man immer das Risiko ein, dass sich das Modell schrittweise in eine Ansammlung aktueller und vergangener Beispiele auflöst und sich schließlich durch die Berücksichtigung der jeweiligen Besonderheiten das Verallgemeinernde der Modellbildung verliert. Nicht weniger riskant ist dagegen der Versuch, die generellen Aussagen und Direktiven eines Modells dadurch zu retten, dass man es mit der irritierenden Verschiedenartigkeit historischer wie aktueller Fälle möglichst wenig in Kontakt bringt. Modellpurismus auf der einen und ein Sich-Verlieren in der Vielfalt der Geschichte bilden die entgegengesetzten Fallen, denen diese Herangehensweise ausgesetzt ist. Der von der Sozialwissenschaft zuletzt eingeschlagene Weg, die Fülle der irritierenden Beispiele dadurch in Grenzen zu halten, dass man sich bei ihrer Auswahl möglichst auf die Gegenwart beschränkt und historische Erkundungen so gut wie völlig meidet, hat sich als überaus problematisch erwiesen. Er hat zu einer wachsenden Entfernung der Politikwissenschaft von der Geschichtswissenschaft und ihrer zunehmenden Orientierung am Methodenset einer mathematisierten Ökonomie geführt. Die Folge ist eine Tendenz zum Modellpurismus, in deren Rückraum sich mit der Distanzierung von der Geschichte deren Unkenntnis ausbreitet. Deutsche Sozialwissenschaftler, vor allem Soziologen, aber auch Politikwissenschaftler, berufen sich zwar gerne auf Max Weber als Gründer und Vorbild der Disziplin, aber von dessen profunden historischen Kenntnissen, die für ihn stets die Basis der Argumentation waren, sind sie weit entfernt. Dass der Politikwissenschaft dies nicht zum Vorteil gereicht,

muss nicht weiter erläutert werden.

Das zeigt sich auch und gerade im Falle der deutschen Friedens- und Konfliktforschung, bei der ein bis zum Zweiten Weltkrieg zurückreichender historischer Sinn bereits zu den seltenen Ausnahmen gehört. Die daraus resultierenden Blickfeldverengungen wurden in der Auseinandersetzung mit dem Theorem der »neuen Kriege« sichtbar. Dass der klassische Staatenkrieg, gegen den der Typus der »neuen Kriege« abgehoben wurde, kaum am Beispiel des Zweiten Weltkriegs studiert werden kann, kam den Kritikern zumeist nicht in den Sinn. Zwar arbeiten einige von ihnen mit dem aus der amerikanischen Politikwissenschaft übernommenen Begriff des Westfälischen Systems, aber von dem, was dies für die Art der Kriegführung und die Handlungslogik der politischen Akteure hieß, haben sie wenig Kenntnis. Es war darum naheliegend, diesen Band mit einem Rekurs in die Geschichte des klassischen Staatenkrieges zu beginnen und dabei in Augenschein zu nehmen, wie sich dieser aus den Erfahrungen des Dreißigjährigen Krieges entwickelt und geradezu als Barriere gegen eine Wiederholung dieser Erfahrungen errichtet worden ist. Dabei wird davon ausgegangen, dass der mit dem Westfälischen System untrennbar verbundene Staatenkrieg die europäische Geschichte bis zum Ersten Weltkrieg bestimmt und also auch den Übergang von Kabinetts- zum Volkskrieg im Gefolge der Französischen Revolution überstanden hat. Anlass, der Geschichte des Staatenkrieges als klassisch-symmetrischer Form der Kriegführung in modelltheoretischer Absicht nachzugehen, war ein Angebot der Vontobel-Stiftung aus Zürich, die mich zu einer Darstellung der Gewaltgeschichte vom Krieg zum Terror aufgefordert hatte. Teile meines für die Vontobel-Stiftung verfassten Textes haben in das erste Kapitel dieses Buches Eingang gefunden. Dieses Kapitel unter der Überschrift »Der Staatenkrieg. Entstehung, Geschichte und absehbares Ende« bildet zusammen mit dem letzten Kapitel, das dem Übergang von heroischen zu postheroischen Gesellschaften gewidmet ist, die Überlegungen mit der größten historischen Tiefe. Sie werden flankiert durch das 6. und das 7. Kapitel, die sich vor allem mit der Geschichte des asymmetrischen Krieges beschäftigen, sowie durch das 12. Kapitel, das der Idee und Geschichte der Wehrpflicht und deren schrittweisem Verschwinden in jüngster Zeit nachgeht.

Das zweite Kapitel zeichnet Clausewitz' Vorstellung vom Ablauf einer Schlacht am Beispiel der Schlacht von Borodino (1812) nach. Dieses Kapitel entstand aus einem Vortrag, den ich

auf Einladung des Graduiertenkollegs »Codierung von Gewalt im medialen Wandel« an der Humboldt-Universität gehalten habe. Eine frühere Fassung ist in dem von Steffen Martus und anderen herausgegebenen Band Schlachtfelder publiziert worden, der im Berliner Akademie Verlag erschienen ist. Die dort veröffentlichte Fassung wurde im Hinblick auf die Schlacht als Entscheidungsform der symmetrischen Konfrontation geringfügig überarbeitet. Das Kapitel ist nunmehr angelegt als Exemplifikation dessen, was im vorangegangenen Kapitel über die Geschichte des Staatenkrieges in großen Linien dargestellt ist. Das dort über einen Zeitraum von zweieinhalb Jahrhunderten Entwickelte wird hier anhand der Ereignisse eines einzigen Tages, des 7. September 1812, präzisiert. Das 3. Kapitel wiederholt dieses Verfahren anhand der sich über Monate hinziehenden Schlachten von Verdun und an der Somme, um über deren Beschreibung das Ende des klassischen Staatenkrieges und die Selbsterschöpfung der heroischen Gesellschaft in den Blick zu fassen. Eine ursprüngliche Fassung dieses Kapitels wurde auf Anregung von Matthias Arning für eine zur Jahrtausendwende erschienene Beilage der Frankfurter Rundschau geschrieben. Der Abschnitt »Symmetrische Kriege« wird beschlossen durch das 4. Kapitel, das sich mit der Frage nach der Abschaffbarkeit des Krieges auseinandersetzt. Eine frühere Fassung ist in dem von Bernd Wegner herausgegebenen Band Wie Kriege enden veröffentlicht worden, der bei Ferdinand Schöningh erschienen ist. Eine Wiederaufnahme der hierin angestellten Überlegungen, die sich nicht auf eine Auseinandersetzung mit Kants Schrift Zum ewigen Frieden beschränken, sondern auch die apokalyptischen Friedensvisionen des Alten Testaments ins Auge fassen, erschien mir sinnvoll, weil dabei deutlich wird, in welchem Maße Kants Überlegungen zum ewigen Frieden und die daran anschließende Theorie des demokratischen Friedens auf einer Welt symmetrischer Konflikte und Kriege aufruht, während apokalyptische Friedensvisionen im wesentlichen unter asymmetrischen Konfliktkonstellationen entstehen und auf diese reagieren. In der Geschichte des politischen Denkens bzw. der politischen Theologie ist ein solcher Frieden freilich nie als Menschen-, sondern stets als Gotteswerk gedacht worden. Das ist ein für den Weltfrieden skeptisch stimmender Befund.

Der zweite Abschnitt beschäftigt sich mit der Asymmetrie, beginnend bei allgemeinen kriegsgeschichtlichen Fragen bis zu einer grundsätzlich angelegten Analyse des Terrorismus. Damit sind die Überlegungen zur Symmetrie freilich nicht abgelegt und als historisch veraltet zurückgelassen, sondern werden immer wieder als Kontrastfolie bemüht, um asymmetrischer

Kriege in ihrer Besonderheit zu konturieren. Historische Genealogie und intellektuelle Durchdringung stehen hier gegenläufig zueinander: Während asymmetrische Konstellationen historisch eher die Regel als die Ausnahme dargestellt haben, denken wir Krieg zumeist von symmetrischen Ausgangspositionen her. Das mag mit der Dominanz des Staatenkrieges in Europa zu tun haben – jedenfalls lassen sich die Spezifika asymmetrischer Konstellationen leichter auf dem Hintergrund symmetrischer Konstellationen entwickeln als umgekehrt. Es kommt nicht von ungefähr, dass Clausewitz, wenn er am Anfang von *Vom Kriege* den Krieg als einen erweiterten Zweikampf beschreibt, ganz selbstverständlich von einer tendenziell symmetrischen Konfliktkonstellation ausgeht, während dies bei dem chinesischen Kriegstheoretiker Sun Tsu in seiner *Kunst des Krieges* mitnichten der Fall ist. Die Kriege Chinas waren imperialer Art, während in Europa der Neuzeit im wesentlichen Staatenkriege geführt wurden.

Das 5. Kapitel über Kriege im 21. Jahrhundert ist in seiner ursprünglichen Fassung im Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2003 erschienen. Diese Fassung wurde für die Zwecke dieses Bandes stark überarbeitet und deutlich erweitert. Bislang unveröffentlicht sind dagegen die drei anschließenden Kapitel: Das 6. Kapitel, »Symmetrie und Asymmetrie in Militärgeschichte und Kriegstheorie«, geht auf einen Vortrag zurück, den ich im Rahmen einer Tagung des Hamburger Instituts für Sozialforschung auf Einladung von Bernd Greiner gehalten habe. Das 7. Kapitel, »Zeitrhythmen des Krieges«, ist die überarbeitete und stark erweiterte Fassung eines Beitrags, den ich auf Einladung von Hartmut Rosa für den von ihm und William Scheuermann projektierten Band *The Acceleration of Society* geschrieben habe. Ähnliches gilt für das anschließende 8. Kapitel über den »Krieg und die Medien«: Es wurde – gemeinsam mit Skadi Krause, wissenschaftlicher Mitarbeiterin an meinem Lehrstuhl – auf Einladung von Shlomo Shpiro verfasst. Das 9. Kapitel schließlich, das sich mit der Frage nach dem »Wandel der Weltordnung durch asymmetrische Kriege« auseinandersetzt, geht auf einen Vortrag zurück, den ich auf Einladung von Wolfgang Seibel an der Universität Konstanz gehalten habe.

Der Abschnitt über die asymmetrischen Kriege wird beschlossen durch zwei Kapitel zu den jüngeren Formen des Terrorismus, die – anders als der klassische Terrorismus von den russischen Narodniki bis zur IRA in Nordirland und zur ETA im spanischen Baskenland – als

eine Variante asymmetrischer Kriegführung anzusehen sind. Diese These wird im 10. Kapitel, »Terrorismus als moderne Variante des klassischen Verwüstungskrieges«, allgemein entwickelt. Dieses Kapitel geht auf einen Beitrag zurück, der für das Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2004 geschrieben wurde, wobei ich darin statt vom Verwüstungskrieg noch von Ermattungsstrategie gesprochen habe. Der Verwüstungskrieg ist eine historische Konkretion der Ermattungsstrategie und weist eine Reihe von Ähnlichkeiten mit dem transnationalen Terrorismus der letzten Jahre auf; insofern erschien es mir angezeigt, die allgemeine Bestimmung Ermattungsstrategie zu Verwüstungskrieg zu präzisieren. Den Unterschieden zwischen dem klassischen und dem jüngeren Terrorismus ist das 11. Kapitel gewidmet, in dem herausgearbeitet wird, dass Terrorismus inzwischen zu einem Sammelbegriff geworden ist, unter dem sich nicht nur unterschiedliche Akteure verbergen, sondern mit dem auch verschiedene Gewaltstrategien zusammengefasst werden. Dass es unter diesen Umständen als erstes darauf ankommt, herauszufinden, mit welchem Akteurstypus und mit welcher Strategie man es zu tun hat, bedarf wohl keiner weiteren Begründung. Dieser Text geht auf ein Gutachten für die von der Bertelsmann-Stiftung organisierte Task Force »Zukunft der Sicherheit« zurück; eine frühere Fassung ist in dem von Werner Weidenfeld herausgegebenen Band Herausforderung Terrorismus erschienen, der im Verlag für Sozialwissenschaften erschienen ist.

Der dritte Abschnitt des Buches befasst sich mit Handlungsoptionen deutscher und europäischer Sicherheitspolitik angesichts der neuen Konfliktlagen. Diese beschränken sich keineswegs nur auf die Herausforderung durch die neuen Formen des transnationalen Terrorismus, sondern schließen auch die zahlreichen Auslandseinsätze ein, durch die ein innergesellschaftlicher Krieg verhindert oder doch zumindest die offene Gewaltoption der Konfliktparteien blockiert werden soll. Deren mittelfristiger Erfolg hängt davon ab, ob es gelingt, den Prozess des Staatszerfalls aufzuhalten und in einen des Nation Building umzukehren. Dabei geht es aber nicht nur um die faktischen Fähigkeiten der intervenierenden Mächte, sondern auch um die Legitimation dieser Interventionen, die sowohl bei der Bevölkerung des Interventionsgebiets als auch bei der des Entsendelandes Zustimmung finden und Unterstützung mobilisieren muss. Je mehr dies der Fall ist, desto besser sind die Erfolgsaussichten der Intervention. Entgegen der zu Beginn der 1990er Jahre dominierenden Vorstellung genügt für den Erfolg solcher Interventionen nicht, dass die Streitkräfte möglichst

schnell in ein Krisengebiet entsandt werden, dieses durch ihre Präsenz pazifizieren und dann wieder abgezogen werden können, um den nachfolgenden humanitären Hilfsorganisationen das Feld zu überlassen. Schon bald hat sich nämlich herausgestellt, dass die Aufgaben komplexer waren, die Einsätze länger dauerten und die mit der Intervention verbundenen Kosten viel höher ausfielen, als einige sich dies im Überschwang der Verwirklichung einer neuen Weltordnung vorgestellt hatten. Der zeitweilig in Aussicht genommene globale Interventionismus ist außerhalb der Handlungsoptionen der Europäer, aber auch der USA. Interventionen wollen angesichts der begrenzten Fähigkeiten der Entsendeländer und der prekären Erfolgsaussichten im Interventionsgebiet wohl bedacht und gut vorbereitet sein. Das steht im Gegensatz zu dem zeitweilig auf Hochtouren laufenden Interventionsgenerator Fernsehen, der im Zusammenspiel mit internationalen Hilfsorganisationen immer neue Hiobsbotschaften über humanitäre Katastrophen infolge innergesellschaftlicher Kriege auf den Bildschirm brachte und auf diese Weise gesellschaftlichen Druck auf die politisch Verantwortlichen erzeugte, darauf mit einer Intervention zu reagieren. Die Spannung zwischen dem medial vermittelten Erfordernis zur Intervention und den begrenzten Fähigkeiten dazu, den oft nur geringen Erfolgsaussichten und der Perspektive auf eine lange währende Präsenz im Interventionsgebiet wird das Handlungsfeld westlicher Regierungen auch in den kommenden Jahren bestimmen.

Das 12. Kapitel, mit dem dieser Abschnitt eröffnet wird, beschäftigt sich mit der Wehrpflicht, die sich im Gefolge der Französischen Revolution auf dem europäischen Kontinent als Mobilisierungsform für den symmetrischen Krieg durchgesetzt hat und nunmehr allmählich verschwindet. Seit dem Ende des Staatenkrieges bzw. der anschließenden Bedrohungslage des Ost-West-Konflikts ist diese Form vorsorgender Sicherheitspolitik nicht mehr vonnöten. Viele europäische Staaten sind inzwischen zu jenen Berufsarmeen zurückgekehrt, die vor Einführung der Wehrpflicht üblich waren. Von den Anhängern der Wehrpflicht wird dagegen geltend gemacht, dass so aufgestellte Armeen sehr viel weniger in der Gesellschaft verankert seien als Streitkräfte, die zumindest teilweise auf der Wehrpflicht beruhten und dass sich in ihnen auch nicht die kognitiven und sozialen Kompetenzen fänden, die durch eine im engeren Sinne militärische Ausbildung nicht zu vermitteln seien. Dieses Kapitel beruht auf einem Beitrag, der ursprünglich für das Kursbuch 157 geschrieben worden ist.

Die Überlegungen des 13. Kapitels, die sich mit der jüngsten Debatte über die Idee des gerechten Krieges beschäftigen, gehen auf einen Beitrag zurück, der zunächst für die Blätter für deutsche und internationale Politik verfasst und dort in Heft 11/02 veröffentlicht worden ist. Die Debatte über den gerechten Krieg, der von einigen amerikanischen Intellektuellen nach dem 11. September 2001 angestoßen worden ist, hat ihr Pendant in der Entwicklung neuer Sicherheitsdoktrinen, in denen die asymmetrischen Herausforderungen aufgegriffen und entsprechende Gegenmaßnahmen entworfen werden. Solche Sicherheitsdoktrinen sind – auch – eine Kommunikationsform, in der die Gegenseite davon unterrichtet wird, mit welchen Gegenmaßnahmen zu rechnen ist, wenn sie bestimmte Schritte unternimmt. Durch die Veröffentlichung der Sicherheitsdoktrin bindet man sich, das, was man androht, auch tatsächlich durchzuführen. Unter symmetrischen Konfliktbedingungen waren solche Doktrinen auf Reziprozität hin angelegt: Die Sicherheitsdoktrinen der Nato und des Warschauer Pakts entsprachen einander, und aus dieser Reziprozität erwuchs – zumindest im Westen, wo die Regierungen darauf angewiesen waren – die Akzeptanz der Doktrin durch die eigene Bevölkerung. Das ist unter asymmetrischen Konfliktkonstellationen nicht der Fall, und die heftige Debatte, die sich vor allem über die amerikanische Sicherheitsdoktrin aus dem Jahre 2002 entsponnen hat, ist auch eine Folge ausbleibender Legitimation infolge fehlender Reziprozität. Das Wiederaufleben der Debatte um den gerechten Krieg ist der Versuch, die aus dem Wegfall der Symmetrie erwachsene Rechtfertigungslücke zu schließen: Die Idee des gerechten Krieges ist die ins Normative gewendete Form asymmetrischer Konfrontation. Das 14. Kapitel, »Sicherheitsdoktrinen und Selbstverteidigungsrecht«, geht auf einen Vortrag auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung zurück. Eine frühere Fassung ist in Heft 3/2004 der Zeitschrift Internationale Politik und Gesellschaft erschienen. Das 15. Kapitel, »Die ›neuen Kriege‹ und das gewandelte Aufgabenfeld der Sicherheitspolitik«, geht auf einen Beitrag zurück, der für einen vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Potsdam herausgegebenen Band zum 50. Jahrestag des Bestehens der Bundeswehr geschrieben wurde.

Das abschließende 16. Kapitel über die postheroische Gesellschaft ist eigens für diesen Band geschrieben worden. Es greift ein Problem auf, das in fast allen vorhergehenden Kapiteln angesprochen worden ist: der Mentalitätswandel hoch entwickelter Gesellschaften, in denen Opfer und Ehre für die gesellschaftliche Kohäsion keine Rolle mehr spielen. In Europa zumindest ist die Erosion der heroischen Gesellschaften, die im Gefolge der Französischen

Revolution in West- und Mitteleuropa entstanden waren und die militärische Handlungsfähigkeit des Nationalstaats entscheidend geprägt hatten, das Ergebnis ihrer dramatischen Überforderung im Ersten Weltkrieg. Die Aufrechterhaltung einer heroischen, das heißt: opferbereiten und an kollektiver wie individueller Ehre orientierten gesellschaftlichen Grunddisposition war danach nur noch in totalitären Gesellschaften möglich, wie dem faschistischen Italien oder dem nationalsozialistischen Deutschland, aber auch dem kaiserlichen Japan oder der bolschewistischen Sowjetunion, während die demokratischen Gesellschaften des Westens nur noch unter der Bedingung waffentechnologischer Überlegenheit kriegsführungsfähig waren.